

Wer einmal irrt ...

von

Heiner Flassbeck

Badische Zeitung, 25. April 2012

In Deutschland haben viele in der Eurokrise von Anfang an darauf gesetzt, mit einer Festlegung auf die Diagnose „Staatsschuldenkrise“ Fakten zu schaffen. Sie haben die Staaten und ihr Haushaltsgebaren von vorneherein als allein für verantwortlich erklärt und bei der Therapie alle anderen Länder auf staatliches Sparen eingeschworen. Andere Diagnosen wurden verworfen und der Beschluss über den Fiskalpakt wurde als endgültiger Sieg über die Krise gefeiert, weil gleichzeitig die Zinsen in den Krisenländern etwas fielen.

Das rächt sich jetzt. Es war nämlich nicht der Fiskalpakt, der kurzfristige Entlastung gebracht hatte, sondern die 1000 Milliarden an Liquidität, die von der Europäischen Zentralbank (EZB) den Banken in Europa für drei Jahre zur Verfügung gestellt worden waren. Damit hat die EZB aber ihr Pulver verschossen. Nun, da sich der Pulverdampf lichtet, erkennt man, dass der Patient immer noch so krank ist wie vorher und die von der Bundesregierung verordnete Therapie der staatlichen Ausgabenkürzung dem Patienten sogar schadet, weil sie seinen Kreislauf schwer belastet. Die Zinsen steigen wieder.

Noch schlimmer aber ist, dass die europäische Politik geglaubt hat, dass die Menschen in den Krisenländern in aller Ruhe abwarten, bis ihr eigenes Land in den Strudel des Getöses um Staatspleiten gerät und ihr Geld voller Gottvertrauen bei den heimischen Banken belassen. So dumm war jedoch fast niemand, sondern man hat den freien Kapitalverkehr in Europa rechtzeitig genutzt, um sein Geld in der Schweiz oder in einem Nicht-Krisenland unterzubringen. Damit ist eingetreten, was diejenigen vorhergesehen haben, die nicht an die „Staatsschuldenkrise“ glaubten: In einem Land, das international und national Vertrauen verliert, weil es permanent Defizite im Außenhandel hat und auf externe Finanzierung angewiesen ist, bricht das Finanzsystem spätestens dann zusammen, wenn die Kapitalflucht aus den Banken Zombiebanken macht, die nur noch mit Geld von der Zentralbank die eigenen Staatsanleihen kaufen. Das ist der Punkt, wo normalerweise eine massive Abwertung der Währung unumgänglich ist.

Das ist in Südeuropa im Prinzip ebenso. Alle haben Defizite im Außenhandel und Deutschland hat die entsprechenden Überschüsse. Der entscheidende Unterschied zu Finanzkrisen in Ländern mit eigenständiger Währung ist, dass die Südeuropäer keine eigene Währung haben und folglich das wichtigste Instrument zur Bekämpfung der Krise nicht einsetzen können: Abwertung. Das ist aus zwei Gründen äußerst fatal: Ist eine Währung nämlich einmal stark abgewertet worden, kehrt das ins Ausland geschaffte Kapital wieder zurück, weil Gewinne realisiert werden, die im Gefolge der Aufwertung der Fremdwährung entstanden sind. Zum anderen verbessert die Abwertung sehr schnell die Wettbewerbsfähigkeit und man erwirtschaftet Überschüsse. Das wiederum vermindert die Abhängigkeit von ausländischem Kapital und hilft gleichzeitig bei einem Neuanfang in Sachen Wachstum.

Ohne Abwertung und bei anhaltenden Leistungsbilanzdefiziten muss die EZB die Banken in Südeuropa so lange finanzieren, bis das Vertrauen zurückkehrt. Wodurch sollte das aber geschehen? Die verordneten Schrumpfkuren durch Lohnkürzung und Ausgabensenkung des Staates verstärken die Rezession, ohne in absehbarer Zeit Hoffnung auf einen Neubeginn zu schaffen. In Ländern wie Spanien oder Italien liegt der Anteil des Exports am Bruttoinlandsprodukt nur bei etwa 25 Prozent. Jeder Versuch, über Lohnsenkung wettbewerbsfähig zu werden, verschlechtert die Lage insgesamt, weil die wichtigere Binnennachfrage sinkt. So kann man die Kapitalflucht nicht umkehren. Folglich muss die EZB die Zombiebanken am Leben halten, ohne dass es eine Perspektive auf Besserung gäbe.

Das zeigt, wie verhängnisvoll eine falsche Therapie für die Krise ist. Wer auf die Staatshaushalte der anderen fixiert ist, den Balken im eigenen Auge aber nicht sehen will, macht immer aufs Neue den gleichen Fehler. So lange Deutschland auf seinen Leistungsbilanzüberschüssen beharrt, können die anderen weder ihre Defizite abbauen, noch ihren Menschen das Vertrauen zurückgeben. Die Nothilfe der EZB zu beklagen, den Weg für eine wirkliche Lösung des Problems aber nicht freizumachen, ist mehr als schlechte Politik.